



PRESSEMITTEILUNG

Gesamtpersonalrat: Pauschale Personalkürzungen beenden

Der Gesamtpersonalrat fordert die Parteien mit Blick auf die kommende Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft und die anstehenden Koalitionsverhandlungen auf, den pauschalen Personalabbau durch sogenannte PEP-Quoten zu beenden. In einem Schreiben an die Vorsitzenden weist die GPR-Vorsitzende Doris Hülsmeier auf die sehr angespannte Personalsituation im öffentlichen Dienst hin: „In durchweg allen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes hat der seit über zwei Jahrzehnten andauernde Personalabbau inzwischen dazu geführt, dass nicht mehr ausreichend Personal für die Erledigung der - in vielen Fällen umfangreicher gewordenen - Aufgaben zur Verfügung steht.“ Sie erinnert an die Personalräteversammlung am 16. April 2015, in der die ParteienvertreterInnen Dieter Reinken (SPD), Dr. Matthias Güldner (Grüne), Elisabeth Motschmann (CDU) und Kristina Vogt (Linke) von den Personalräten unterschiedlicher Bereiche auf die drängenden Probleme hingewiesen worden sind. Für die Bürgerinnen und Bürger gehe der Personalabbau „auf Kosten ihrer Sicherheit, ihrer Lebensqualität und ihrer berechtigten Ansprüche an öffentliche (Dienst-)Leistungen; für die Beschäftigten im bremischen öffentlichen Dienst bedeutet der Personalmangel einen immensen Arbeitsdruck mit erheblichen gesundheitlichen Folgen.“

Auch im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage sei eine Fortsetzung des Personalabbaus nicht zu verantworten, so Hülsmeier weiter. Durch die unzureichende Personalausstattung entgingen Bremen außerdem wichtige Einnahmen und entstünden zusätzliche Kosten.